

Merseburger Correspondent.

Erseht:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Gerumträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 233.

Dienstag den 25. November.

1884.

Für den Monat Dezember werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 42 resp. 40 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen.
Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

× Freunde und Gegner des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Eine Frage, die von den Deutschen Oesterreichs vielfach erörtert wird, die Frage einer staatsrechtlichen Allianz zwischen Deutschland und Oesterreich, bildete, durch die Enthüllungen des gewesenen österreichischen Staatsministers Andrássy zu erneuerter Bedeutung gelangt, das interessanteste Thema, das in den verflochtenen Tagen die öffentliche Meinung in Oesterreich beschäftigte; und die Frage hätte gewiss in ähnlichem Maße die öffentliche Meinung in Deutschland erregt, wäre nicht das Interesse an der Wahlbewegung das allein vorherrschende gewesen. — Andrássy erklärte, Fürst Bismarck habe im Jahre 1879 die Anregung gegeben, einen staatsrechtlichen Verband zwischen Deutschland und Oesterreich zu schließen, der den beiderseitigen Parlamenten zur Genehmigung vorzulegen wäre. Andrássy ging damals auf Bismarck's große Anregung nicht ein; man ließ sie österreichischerseits fallen.

Es wurden viele Vermuthungen darüber aufgestellt, warum man Bismarck's Idee in den maßgebenden Kreisen Oesterreichs nicht aufnahm — die wahrheitsgemäße und im Gang der Verhältnisse begründete Erklärung ist die: eine derartige staatsrechtliche Allianz würde von der Krone bis zu den im österreichischen Parlamente heute herrschenden slavischen Machtfactoren herab als unzuverlässig angesehen; 1879 sah man bereits die slavische Hochfluth kommen; von oben herab wurde sie mit aller Macht unterstützt. Die Deutschen Oesterreichs aber sind es allein, die in einer staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland ein heilsames Ideal erblicken. Tschechen, Polen und Slowenen sind offene Gegner einer derartigen Verbindung, und die Magyaren sind es trotz allen kesselfauren Gebahrens heimlich. Es wäre bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Parlamente also der Staatsvertrag zwischen Deutschland-Oesterreich vielleicht abgelehnt worden und für Oesterreich hätten die ersten Konsequenzen daraus entstehen können.

Die deutschfeindlichen Stimmen geben den deutlichen Beleg für diese Anschauung. „Niemand“ rufen die angesehenen polnischen und tschechischen Blätter aus, „hätte der österreichische Reichsrath in der gegenwärtigen Zusammensetzung einem Antrage auf eine deutsch-österreichische staatsrechtliche Allianz zustimmen dürfen.“ — „Die Durchführung dieser Idee“, so meint selbst das bedächtliche tschechische Journal „Pobrot“, „könnte nur mittels eines Staatsreiches erfolgen und einen solchen wird wohl Niemand erwarten.“

Angesichts dieser unverhüllten Sprache der slavischen Presse ist es wohl klar, wer Freund und wer Gegner des deutsch-österreichischen Bündnisses ist; um so bedauerlicher bleibt es, daß von einem gewissen Theile der deutschen Presse das Selbst-

verständliche gelegentl. wird und die Thatsachen auf den Kopf gestellt werden. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ unternimmt sogar das Wagniß, die Deutschen Oesterreichs zu Feinden und die Coterie zu Freunden des deutsch-österreichischen Bündnisses zu stampeln. In Artikeln voll perfider Ausfälle gegen die Deutschen, in Artikeln, die im Taafischen Bureau in Wien geschaffen werden und welche die „Norddeutsche“ aus „Collegialität“ abdruckt, wird in einer Weise, die nicht genug zu brandmarken ist, die öffentliche Meinung in Deutschland zu fälschen gesucht. Die Deutschen Oesterreichs, die mit allen Feiern am deutsch-österreichischen Bündnis hängen, die in ihm allein heute die Grundlage ihrer nationalen Erhaltung sehen, sollen auf einmal sich ihm gegnerisch erweisen?

Was ist der Zweck solcher Verlogenheit und welchen Denkenden kann sie irre führen? Weil Fürst Kalnoky in den Delegationen sagte, daß die Völkerschaften Oesterreichs zufrieden mit dem deutsch-österreichischen Bündnis seien (und wie hätte er als Staatsmann anders sprechen sollen?), darum ist es nichts als faktische, böswillige Verleumdung, so meint die „Norddeutsche“, wenn die Deutschen in Oesterreich die biederen, ehrlichen Polen, die wackeren Tschechen und die redlichen Slowenen als Gegner des deutsch-österreichischen Bündnisses bezeichnen; gerade Polen, Tschechen und Slowenen meinen es ehrlich mit dem deutsch-österreichischen Bündnis, nur der deutsche Oesterreicher ist das unzufriedene Kamel. Minister Kalnoky endlich, so schließt die Norddeutsche mit einem Truntp, müsse die Stimmung der Völkerschaften besser kennen, als sie oppositionelle Waschzettel in Deutschland darzustellen besitzen sind.

Nun, die Deutschen in Oesterreich sind es gewohnt, von der Norddeutschen und ihrem offiziellen Anhang beschimpft zu werden; sie gönnen ihnen auch die rühmvolle Verteidigung der biederen Polakten und Tschechoslawen; mögen sie die interessanten Nationen Oesterreichs fürder in ihrem liebevollen Schutz nehmen! — Diese kleinen Nachsichten werden die deutschen Oesterreicher gerne vergessen über dem irdischen Gewinn, den die deutschnationale Bewegung Oesterreichs aus der großen Anregung Bismarck's ziehen wird und hätte es für die Deutschen Oesterreichs noch eines Beweises für die tiefsichtige und erhaltende Politik des Fürsten Bismarck bedurft, er wäre jetzt in glänzender Weise erbracht. Die Bismarck'sche Idee wird im deutschen Volke Oesterreichs Leben gewinnen, wenn sich auch die mächtigen Oesterreicher von ihr abwandten und man wird dem Fürsten Bismarck den tiefsten Dank bewahren! — Mögen darum die Offizien in Oesterreich und in Deutschland ruhig fortsetzen!

Politische Uebersicht.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß Deutschland das Protektorat über das Sultanat Zanzibar von der Mündung des Jubabis zum Kap Delgado (vom Aequator bis zum 11. nördlichen Breitengrade) übernommen habe. Wir lassen dahingestellt, ob die Nachricht richtig

und ob sie nicht wenigstens verkrüßt ist. Bekanntlich hat es ja aus Anlaß der Entsendung von Gerhard Rolfes nach Afrika nicht an Stimmen gefehlt, welche eine nähere Verbindung Deutschlands mit Zanzibar als den Zweck seiner Mission bezeichneten.

Die von der westafrikanischen Konferenz ernannte Commission hat ihre Arbeiten beendet, und steht man in den nächsten Tagen einer Plenarsitzung der Konferenz entgegen. Die Commission vernahm unter anderem Mr. Stanley über das Kongo-Becken. Die Ausführungen des amerikanischen Delegirten riefen den Widerspruch des Vertreters Portugals hervor. Der zwischen Deutschland und der Association internationale africaine abgeschlossene Vertrag, welcher die Anerkennung der letzteren durch die deutsche Regierung enthält, wird, wie man annimmt, demnächst von belgischen Blättern veröffentlicht werden. Der Vertrag, welchen Deutschland mit der Association internationale africaine abgeschlossen hat, umfaßt zwei Theile. In dem ersten Theile werden alle Garantien aufgezählt, welche die Association Deutschland gewährt. In dem zweiten Theile erkennt letzteres an, daß es die Fahne der Association als diejenige einer befreundeten Macht betrachten wolle.

Der französische Ministerrath hat seine Entscheidung über die Säge, um welche die Importzölle auf Getreide und Wehl zu erhöhen sind, verschoben. Der Ministerrath hat über diese Angelegenheit befallentlich am Sonnabend verhandelt. — Am demselben Tage gelangten in der Deputirtenkammer die Protokolle der Tongkingkommission zur Vertheilung, welche zu einer lebhaften Debatte Veranlassung gaben. — Admiral Courbet hat die Meldungen über die in den letzten Tagen in Ostasien stattgehabten kleineren Zusammenstöße in einem amtlichen Telegramm bekräftigt. — Aus Algier sind vor wenigen Tagen 2000 Mann nach China eingeschifft worden; weitere 2000 Mann sollen in dieser Woche folgen.

Ans guter Quelle wird uns die Mittheilung gemacht, daß die Lage des Kabinet's Gladstone gegenwärtig wieder einmal nicht unbedenklich ist. Die ägyptische Frage gestaltet sich eben jetzt, besonders schwierig dadurch, daß Lord Northbrook's Vorschläge England verpflichten wöllen, Ägypten die Summe von 15 000 000 Pf. Sterling vorzuschicken, und daß die Vorschläge, wodurch für das Kabinet unbrauchbar werden, denn das Parlament würde der Uebernahme eines solchen Last nicht zustimmen. Bereits am Mittwoch hat denn auch, wie die „Times“ mittheilt, der Ministerrath, wenn auch seine Beschlüsse nicht stimmig, die Vorschläge des Lord Northbrook abgelehnt. Kommen diese aber in Bezug auf sich bleibt nichts anderes als die Rückkehr zu den Zinsreduktionsvorschlägen übrig, welche sich jedoch ohne die vorherige Einwilligung Europas, bereits als nicht ausführbar erwiesen haben. Sieht man sich genöthigt, auf sie zurückzugreifen, so ist daher vor allen Dingen eine neue Konferenz notwendig. In einer solchen aber kann Gladstone, nachdem er die vorige Londoner Konferenz in so brüderlicher Weise abgebrochen, nicht wohl die Initiative ergreifen, er erwartet vielmehr, daß irgend

eine andere Macht ihn aus der Verlegenheit reißt. Es fragt sich aber sehr, ob hierzu Aussicht vorhanden ist: Deutschland will der französischen Regierung als der nächstbestmöglichen den Vortritt lassen, letztere aber hat bis jetzt keine Neigung gezeigt, Gladstone's Verlegenheiten zu erleichtern. Diese setzen sich nämlich auch in das Innere fort, indem ein von ihm mit den Konservativen abgeschlossener Kompromiß die große Unzufriedenheit der Radikalen erregt. Sollten die letzteren nun ihn bei der Neueinheitsungsbill im Stiche lassen und dadurch die Konservativen bewegen werden, von dem Kompromiß nachträglich abzutreten, so könnte es wohl zu einer Katastrophe kommen. Gladstone's Lage ist um so schlimmer, als sowohl in der ägyptischen wie in der Wahlreformfrage sich Meinungsverschiedenheiten im Kabinett selbst geltend gemacht haben.

Deutschland.

— (Hofnachrichten.) Am Sonnabend Nachmittag um 5 Uhr fand bei Sr. Majestät dem Kaiser im Runden Saale des kaiserlichen Palais zu Ehren der Kongress-Konferenz ein Gala-Diner statt, zu welchem über 80 Einladungen ergangen waren. Unter den Geladenen befanden sich der Kronprinz und sämtliche Prinzen des königlichen Hauses, die obersten Hof- und die Ober-Hofchargen, der General-Feldmarschall Graf Moltke und einige Generale, ferner der Reichskanzler Fürst Bismarck, der Staatssekretär Graf v. Hofgastel, der Unterstaatssekretär Dr. Busch, der Geh. Legationsrath v. Kusserow vom Auswärtigen Amt und sämtliche Konferenz-Bevollmächtigte. Vor dem Diner ließ sich der Kaiser die Konferenz-Theilnehmer durch den betr. Vorkastler oder Gesandten vorstellen. Bei der Tafel saß der Kaiser zwischen dem Kronprinzen und dem Prinzen Wilhelm, woran sich auf beiden Seiten die königl. Prinzen, die Generalität, die Minister und obersten Hofchargen angeschlossen. Dem Kaiser gegenüber saß Fürst Bismarck, rechts von demselben der italienische, französische und englische Vorkastler, links von Bismarck der österreichische und türkische Vorkastler. Ein Toast wurde nicht ausgebracht. Nach der Tafel hielt der Kaiser längere Cercele.

— (Zur Börsensteuerfrage.) Zu dem in den letzten Tagen aufgetauchten Gerücht einer allgemeinen Duitungssteuer erfährt die „Nat.-Zig.“ aus zuverlässiger Quelle, daß aus den leitenden finanziellen Kreisen niemand bei dem Projekt theilhaftig sei, dagegen werde der Gedanke, aus der Mitte der Börse selbst Vorschläge für eine erhöhte Börsensteuer zu machen, in den theilhabenden Kreisen lebhaft erörtert und dabei auch die Kontingierung des von jeder Börse aufzubringenden Betrages wieder erwogen.

— (Ueber die Strandung Sr. M. Schiff „Undin“) und die Rettung der Offiziere und Mannschaften erfahren wir noch Folgendes: Die dänischerseits genorfene Rettungsleine war im oberen Tauwerk des Schiffes sitzen geblieben, was auf Deck bei der herrschenden tiefen Dunkelheit nicht bemerkt worden und bereits mehrere Stunden vergangen waren, bevor man auf sie aufmerksam wurde. Das Schiff lag ganz auf der Seite und wurde von der Brandung fortwährend hin und her geschleudert. Jeder sah den Tod vor Augen. Da, im Augenblick der höchsten Lebensgefahr, sah man einen Offizier mit wahrer Todesberührung zur schwandenden Marktsäge emporklettern, um die Rettungsleine auf Deck bringen und sie dadurch für ihre Bestimmung nutzbar zu machen. Dieser Offizier, der durch seine Kühnheit die Rettung seiner Kameraden und der Mannschaft beschleunigt hat, ist der Lieutenant z. S. Zanke, welchem vom Kaiser für diese That der Kronorden verliehen ist.

— (Eine patriotische Ermittlung der Zahl der Armen) ist für das ganze Reich in Aussicht genommen. In Preußen sind forden die Vorbereitungen für diese Armenkassik zum Abschluß gekommen. Die Grundzüge, welche der Erhebung zu Grunde gelegt und bei der Aus-

führung zu beobachten sind, werden jetzt offiziös veröffentlicht.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 22. November.) Alterspräsident Graf v. Moltke eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten. Eingegangen ist die Vorlage betreffend die Subvention von Postdampfern. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Wahl der Präsidenten und Schriftführer. Bei der Wahl des Präsidenten werden 333 Stimmen abgegeben. Davon sind 71 ungültig (weiße Bettel). Von den verbleibenden 262 lauten 261 auf den Namen des Abgeordneten v. Wedell-Piesdorf (son.), 1 auf Mathy-Gals (son.). Ersterer übernimmt dankend das Präsidium für die nächsten vier Wochen. — Die Abg. Frhr. v. Frankenstein (Centr.) und Hoffmann-Rudolstadt (frei.) werden der Affirmation zum ersten betr. zweiten Vizepräsident gewählt; in gleicher Weise werden die Abgeordneten Esholtz, Graf v. Leist-Schneppen, Hermes, Dr. Borch, Graf v. Adelmann, Prinz Carolyth, Dr. Meyer-Zena und Wiedemann zu Schriftführern gewählt, welche ebenso, wie die zu Quästoren berufenen Abg. Kochann-Urweiler und Franke die Wahl annehmen. — Die Sachkommissionen werden sich wie bisher konstituieren, mit Ausnahme der Wahlforschungskommission, deren Konstituierung ausgesetzt wird, um dieselbe zu verfertigen. — Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Antrag Kaiser (Sitzung eines gegen den Abg. Heine (Sozdem.) beim Reichsgericht schwebenden Strafverfahren), Antrag Ausfeld (Blüten für den Reichstag) und Antrag Kuntze (Berührung der Strafsachen). Der Vorschlag des Präsidenten, am Mittwoch in die Stateberathung einzutreten, wurde vom Hause abgelehnt. (Schluß 4 1/2 Uhr.)

— Der Centrumsantrag auf Beseitigung des Ausweisungsgesetzes ist gleichlautend mit den früheren in dieser Richtung gestellten Anträgen und von Windthorst geteilt, von den anwesenden Mitgliedern des Centrums, der Welfen, der Polen und der Elssässer unterzeichnet.

— Der Antrag Hertling-Schorlemer-Lieber, betreffend den Arbeiterschutz, ist genau von denselben Herren unterzeichnet wie der obige und lautet: „Der Reichstag wolle die verbündeten Regierungen auffordern, womöglich noch in dieser Session einen Gesetzentwurf, betreffend die weitere Ausbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung, vorzulegen, in welchem 1) die Arbeit an Sonn- und Feiertagen, vorbehaltlich einzelner genau zu bestimmender Ausnahmen, verboten; 2) die Kinder und Frauenarbeit in Fabriken eingeschränkt; 3) die Maximalarbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter geregelt wird.“

— Dem „Liegn. Stadtblatt“ zufolge hat Dr. Braun das Mandat in Obbels (Sachsen) angenommen. In Sagan muss also eine Nachwahl stattfinden. Daß Herr v. Forstner in Sagan kandidiren wird, steht noch nicht fest.

— Der doppelte gewählte sozialdemokratische Abg. Blos nimmt das Mandat in Braunschweig an, so daß in Oera die Nachwahl stattfinden hat.

— Die deutsch-freisinnige Fraktion bereitet einen Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes dahin vor, daß es freigestellt wird, die Stimmzettel in Briefumschlägen abzugeben.

— Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, soll sich Herr von Wedell-Piesdorf dahin geäußert haben, er gedente demnächst sein Amt als Regierungspräsident niederzulegen.

— Die Freikonservativen, im Reichstag „Deutsche Reichspartei“ genannt, haben den Beschluß gefaßt, diesen ihren bisherigen Namen abzuändern und sich einfach „Reichspartei“ in Zukunft zu nennen.

— Die Volkspartei und die Deutschfreisinnigen haben das Cartellverhältnis erneuert, wonach sie bezüglich der Anzahl der Mitglieder, welche sie in die Commissionen zu entsenden haben, als eine Partei vom Seniorencollegium betrachtet werden.

— Der Seniorencollegium des Reichstages, an dessen Verhandlungen als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Hafenclever Theil nahm, hat am Sonnabend die Vorschläge für die Befegung der Vorsitzenden und der Stellvert. der Vorsitzenden der Abtheilungen festgesetzt. Es sind benannt: 1. Abtheil. Vorst. v. Schorlemer. Stellvert. Dr. Busch.

2. Abth., Vorst. v. Bernuth, Stellv. Dr. Moulfang; 3. Abth., Vorst. Ademann, Stellv. Marquardsen; 4. Abth., Vorst. Windthorst, Stellvert.

Roewe; 5. Abth., Vorst. v. Bunsen, Stellvert. Dr. Frege; 6. Abth., Vorst. Ausfeld, Stellvert. v. Wrißberg; 7. Abth., Vorst. Staelin, Stellv. v. Heremann.

— Steuerprojekte werden der Regierung in dieser Session aus dem Reichstage heraus entgegengenommen. Es wird dieses bezüglich der Erhöhung verschiedener Zölle, namentlich des Getreibeizolles der Fall sein. Außerdem steht es fest, daß die konservative Fraction alsbald einen Börsensteuergezetzwurf auf Grundlage der im letzten Reichstage von der Commission zu der betr. Geschäftsteuer vorlage des Bundesraths gefaßten Beschlüsse (die bekanntlich im Plenum nicht mehr zur Debatte kamen) im Reichstage einzubringen gedenkt. Bezüglich einer Veränderung der jetzigen Börsensteuer werden wahrscheinlich auch von anderen Seiten Vorschläge und Anträge an den Reichstag herantreten.

Provinz und Umgegend.

+ Das Arbeiter-Schadef'sche Ehepaar in Hannover verließ am Donnerstag Vormittag seine Wohnung nicht, auch ein einjähriges Pflänzlein machte sich in feiner Weise bemerklich. Unglück vermuthend, ließ der Hausbesitzer um die Mittagszeit die von innen verschlossene Thür der Schadef'schen Wohnung öffnen, und die Eintretenden fanden zunächst im Wohnzimmer die Leiche des gedachten Pflänzchens in einem Kinderwagen liegend auf, während in einer angrenzenden Kammer die Schadef'schen Eheleute, zwar noch lebend, jedoch schwer erkrankt in den Betten lagen. Der herbeigerufene Arzt konstatarie eine Vergiftung, auch verstarb Schade, dem die Bestimmung nicht mehr wiederkehrte, nach kurzer Zeit, während Frau Schade, deren Zustand ein minder gefährlicher war, Arzneimittel annahm und nach dem häßlichsten Krankheitsauftritte gebracht wurde, wo sie sich bis zu dem Abendstunden soweit erholte, daß sie dem Polizeikommissar bekannte, wie sie von Eifersucht getrieben, beschloß sich und ihren Ehegatten zu vergiften. Zu diesem Zwecke will sie ein weißes Blutreinigungspulver aus der Apotheke geholt, davon die Hälfte selbst genossen und die andere Hälfte ihrem Manne in das Trinkwasser geschüttet haben. Das Pflänzlein, welches der Liebling ihres Gatten gewesen, will sie nicht vergiftet haben.

+ Ein seltsames Geschick hat es gewollt, daß, als man zur Erhöhung der Feierlichkeit bei der Beerdigung des Herzogs Wilhelm von Braunschweig die Insignien des souveränen Herrschers, Krone und Scepter, vorantragen lassen wollte, wie solches bei kaiserlichen Leichenbegängnissen gebräuchlich ist, und in der stürzlichen Schatzkammer danach suchte, dieselben verschwunden waren. Daß diese Kleinodien indes nicht erst kürzlich abhanden gekommen sind, ist ungewiss. Nach einer Lesart soll Herzog Karl sie zur Gesellschaft des Dnyz-Gesäßes mitgenommen, aber nicht so sorgfältig aufbewahrt haben, wie dieses; nach einer anderen Angabe sollen überhaupt die braunschweigischen Kronschätze nach Hannover gewandert sein zur Zeit der Minderjährigkeit der Prinzen Karl und Wilhelm und von dort nach England gelangt sein, um nie wieder heimzukehren. So mußte nun der letzte Fürst des uralten Welfenstammes unter Vorantragung einer Theaterkrone zu seinen Vätern eingehen, denn an derselben war zu lesen: „Eigentum des Hoftheaters, Schranke Nr. 93.“ Man hatte in der Verlegenheit des Kronmangels zu diesem Nothbehelf seine Zuflucht genommen. Noch dazu wollte es der Zufall, daß man statt der fehlenden Herzogskrone eine Königskrone nehmen mußte, eine tragische Anspielung gleichsam auf die einstige Größe des Hauses, das unter dem Löwen Heinrich die größte Hälfte Deutschlands sein Eigen genannt.

+ Dem Vernehmen nach soll Berlin auch mit Dresden telephonisch verbunden werden, nachdem sich die bis jetzt längste Leitung in Deutschland, Berlin-Magdeburg, bewährt hat.

Zur Beachtung.

Ich fertige nach wie vor schriftliche Arbeiten aller Art, ertheile Rath in Gerichts- und anderen Sachen und vermittele Kauf- und Geldgeschäfte.

Auch halte ich auf Wunsch Auktionen ab und übernehme Verwaltungen von Grundstücken.
Merseburg, Gotthardtsstraße 8.

R. Pauly,
Actuar a. D. u. ger. Taxator.

Geschäfts-Anzeige.

Dem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend mache ich hierdurch bekannt, daß ich in meinem, in der Clobigauer Straße gelegenen Wohnhause ein Lager aller Arten

Toppwaaren

zu den billigsten und besten Preisen errichtet habe und bitte bei Bedarf mich gütlich beehren zu wollen.
Carl Neumann, Töpfermeister,
Clobigauer Straße 8 c.

Heilung

Fettsucht

unter
Garantie

ohne Hungerkur, ohne Störung der Berufstätigkeit etc. etc.

Näheres gegen 30 Pf. Postmarken.

Dr. Hartmann,
Berlin S.,
Prinzenstrasse 47.

Malzbonbon,

jede Verschlimmung und Heiserkeit beseitigend, von Carl Aug. Schimpff in Landshut empfiehlt

G. F. Koch, Delgrube 24.

Das Berliner u. altdeutsche Ofenlager von

J. Zipliesky,

Töpfermeister, Merseburg,
empfiehlt sich zur Anfertigung von Heizöfen Kochmaschinen und Wandheizungen für Küchen und Badezimmer, sowie zum Umlehen und Reinigen der Öfen unter Zusicherung solider Ausführung und billiger Preisstellung.

Spezial-Geschäft

Cigarren und Taback

Heinr. Schultze jr.

Tages-Listen:
Abnigl. Preuß. Landes-
Sächs. Botterte
Herzogl. Braunschw.
liegen hier aus!

Visitenkarten

100 Stück von 1 Mt. an empfiehlt
J. Karius, Brühl 17.

Sürge

sind zu verkaufen
am Neumarktsthor 1.

Geld

an gute Haus- und Feldgrundstücke zu 4 1/2 % hat stets auszuleihen
R. Pauly,
Actuar a. D. u. ger. Taxator,
Merseburg, Gotthardtsstraße 8.

Von der Grube „Paul“ in Luckenau

Briquettes und Preßkohlensteine

stets prompt und zu billigsten Tagespreisen.
Heinrich Schultze.

Korbschlitten

zum Schieben und Ziehen, sowie sämtliche Neuheiten in Korbwaaren, Korbmöbel und Puppenwagen empfiehlt

G. Sellwig,

Korbmachermstr., Gotthardtsstraße 3.

Gotthardtsstr. 38. **Wilhelm Wolf,** Gotthardtsstr. 38.

Billigste Duette für wollene Strümpfe, Handschuhe, echte luxemburger Gesundheitsjacken, Jagdwesten, Shawtücher, Chemisettes, Shlipse etc.

Briquettes von der Ambulanz

werden 130 Stück à 70 Pfg. verkauft.
Heinrich Schultze.

Versteigerung.

Mittwoch den 26. November 1884,

vormittags von 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr ab,

versteigere ich zwangsweise bestimmt Saalstr. 13:

eine grosse Partie Wollwaaren, als:
200 Stück Hals-, Kopf- und Taillentücher, Kapotten, Strümpfe, Unterröcke, Kindermägen, Handschuhe, sowie Herren- und Damenkragen, Hemden, Schürzen, weiße Decken, Vorhemdchen u. s. w.

Merseburg, den 21. November 1884.

Tag, Ger.-Vollz.

Schellfisch

erhält frische Sendung **G. Wolff.**

Spizwegerich-Bonbon

von vorzüglicher Wirkung gegen Hals- und Brustleiden empfiehlt **G. Schönberger.**

Altenburger

Kuh- und Ziegenkäse

frische Sendung empfiehlt

M. Horn, Lauchstädter Str.

Täglich frischer Kaff
Bretterstraße 13, vis à vis der früheren Post.
Albert Kayser.

Hierdurch mache darauf aufmerksam, daß ich
Damen- und Kinder-Mäntel
 jeder Art
 nach Maas in eigener Arbeitsstube
 fertigen lasse und gutes Sitzen, saubere Ausführung und schnellste Lieferung garantiere.
 Mein Lager von
Winter-Paletots, Dolmans & Jaquetts
 in Double, Soleil und Plüsch
 empfehle unter Zusicherung billigster Bedienung.
 Merseburg, im November 1884. **J. Schönlicht.**

von Rauchhaupt!

Merseburg, den 20. November 1884.

Unter erneutem Mißbrauch amtlicher Aktenstücke, die — ich wiederhole es — nur durch den Druck des Amtsgeheimnisses, also des Diensteides, in seinem Besitz gelangt sein können, setzt der Landrath von Rauchhaupt in einer „öffentlichen Erklärung“ den Wahlkampf gegen mich mit den schon hinreichend von mir gekennzeichneten Mitteln fort. In echt amerikanischer Weise wühlt der Mann förmlich in meinem Privat- und Berufsleben herum, indem er dabei drohend auf ein „reiches Material“ weiterer Amtsgeheimnisse hinweist.

Den Schleier lüftet er aber nur soweit, daß Jedermann über mich und von mir denken kann, was er will.

Die ehrverletzende Absicht dieser echt jesuitischen Kampfweise ist: daß Jedermann über mich und von mir das Schlimmste denken soll.

Es war zuerst meine Absicht, den Schleier völlig zu zerreißen, um hinter dem zerrissenen Schleier dem großen Publikum den Landrath von Rauchhaupt in seiner ganzen Glorie zu zeigen.

Alein der Eitel vor der Fortsetzung eines solchen Kampfes mit einem solchen Gegner ist bei mir geradezu unüberwindlich.

Ich lasse deshalb den Landrath von Rauchhaupt jetzt und für immerdar über mich ergehen.

Dagegen bin ich gern bereit jedem anständigen Manne jeder Parteirichtung mündlich jede Aufklärung über mein Privat- und Berufsleben zu geben, welche er anlässlich der „öffentlichen Erklärung“ des Landraths von Rauchhaupt von mir verlangt. Man wird dann wissen, daß die Konflikte, auf welche von Rauchhaupt in ebenso geheimnißvoller als gehässiger Weise anspielt, und die, beiläufig gesagt, vor mehr als zwanzig Jahren schon zum Austrag gebracht sind, ihren Ausgangspunkt niemals in meiner Erwerbsthätigkeit als Rechtsanwalt und Notar, sondern wesentlich nur in meiner politischen Stellung, in meinem lebhaften Temperament und in meinem fast noch lebhafteren Rechtsgefühle gehabt haben. Der durchaus nicht tragische Ausbruch dieser Konflikte hat daher auch niemals auf meinen Charakter einen Schatten werfen können.

Was aber die von Schildt'sche Stiftung anlangt, so steht mir das Zeugniß ehrenwerther Männer dafür zu Gebote, daß, nachdem ich aus Berlin an das Sterbebette der Frau v. Schildt als deren Rathgeber gerufen war, thatsächlich mein Wille entscheidend war für den letzten Willen der alten Dame. Ich hätte deshalb ihr Universalerbe sein können, wenn ich gewollt hätte.

Und nun setze man den Fall, daß der Landrath von Rauchhaupt in der letzten, entscheidenden Stunde der Rathgeber der Frau von Schildt gewesen wäre. Glaubt Jemand, der den ausgeprägten Erwerbssinn der preussischen Junker kennt, daß in diesem Falle das bedeutende Vermögen der Frau von Schildt — der Stadt Merseburg zugefallen wäre? Oder glaubt Jemand auch nur, daß der künftige adlige Testamentsexekutor sich auf die Gefahr hin, noch zwölf Jahre zu leben, mit einem Jahreshonore von eintausend Mark begnügt hätte, während doch der Bürgermeister der Stadt Merseburg, der nach meinem Ableben die Stiftung zu verwalten hat, neben seinem Gehalte statutenmäßig noch für die Verwaltung fünfhundert Mark aus der Stiftungskasse erhält?

Jedenfalls empfinde ich eine gewisse Genugthuung darüber, daß mein Name mit der von Schildt'schen Stiftung und nicht — mit den verleumderrischen Wahlarzifeln des „Delikater Kreisblattes“, mit dem Flugblatte und der „öffentlichen Erklärung“ des Landraths von Rauchhaupt verknüpft ist.

Was im Uebrigen diesen Mann anlangt, so höre ich, daß er sich einen „gläubigen Christen“ nennt. Ist er das, so muß er auch an eine göttliche Vergeltung glauben. Glaubt er aber an eine göttliche Vergeltung, so kann ich ihm nicht genug die wiederholte Lektüre der Schlusssätze meiner Erklärung vom 7. November d. J. empfehlen, denn er wird in den Thatfachen, welche jene Erklärung wahrheitsgetreu wiedergiebt, den — Finger Gottes erkennen!!

Moritz Wölfel,
 Rechtsanwalt und königlicher Notar.

Hierzu eine Beilage.

Wein-Niederlage.

Herr Adolph Michael kaufte und übernahm das Geschäft des Herrn G. Hensel und damit auch die Wein-Niederlage von mir, Letztere empfehle ich zur gefälligen häufigen Benutzung.

Hannover, im November 1884.

Ernst Kracke.

Mit Bezugnahme auf vorstehende Annonce bringe ich die von mir unterhaltene Niederlage der Weingroßhandlung von Herrn Ernst Kracke in Hannover in empfehlende Erinnerung, hinzufügend, daß auch kleinere oder größere Collectionen, recht passend zu Weihnachtsgeschenken, von mir oder direct vom Hause effectuirt, zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll

Adolph Michael,
 Altentb. Schulplatz 6.

Café Sergel.

Donnerstag Schlachtfest,
 früh 9¹/₂ Uhr Wellfleisch, abends
 Schlachtschüssel.

Leopold's Restauration.

Heute Dienstag Abend von 6 Uhr ab Salsknoden.

Altentburger Bewahranstalt.

Das letzte Nähen für die Weihnachts-Beiseherung findet nächsten Donnerstag den 27. d. M., von nachmittags 3 Uhr an, bei der Frau Stadtrath Berger statt. Zudem wir herzlich für alle erhaltenen Gaben danken, müssen wir doch noch wohlthätige Herzen bitten, da die Kosten noch lange nicht gedeckt sind. **Charlotte Grumbach.**

Tüchtige Mädchen mit guten Zeugnissen bei hohem Lohn für Stadt und Land für sofort und Neujahr finden Stellung.

Fr. Gummert, Markt 21.

Eine alleinstehende Geschäftsfrau sucht eine Theilhaberin mit 2 bis 300 Thalern disponiblen Gelde. Gefl. Offerten unter S. T. abzugeben in der Exped. d. Bl.

Ein ordentliches Dienstmädchen von 16—18 Jahren wird zum 1. Januar gesucht.

Gotthardtsstraße Nr. 11.

Gesunden würde Montag Mittag am Schloßgarten ein gold. Oyrings. Abzuholen gegen Infectionsstoffen
 Oberbreitenstraße Nr. 1, 1 Treppe.

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Gerumträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 233.

Dienstag den 25. November.

1884.

Für den Monat Dezember werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 42 resp. 40 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

× Freund und Gegner des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Eine Frage, die von den Deutschen Oesterreichs vielfach erörtert wird, die Frage einer staatsrechtlichen Allianz zwischen Deutschland und Oesterreich, bildet, durch die Enthüllungen des gewesenen österreichischen Staatsministers Andrássy zu erneuerter Bedeutung gelangt, das interessanteste Thema, das in den verflochtenen Tagen die öffentliche Meinung in Oesterreich beschäftigt; und die Frage hätte gewiss in ähnlichem Maße die öffentliche Meinung in Deutschland erregt, wäre nicht das Interesse an der Wahlbewegung das allein vorherrschende gewesen. — Andrássy erklärte, Fürst Bismarck habe im Jahre 1879 die Anregung gegeben, einen staatsrechtlichen Verband zwischen Deutschland und Oesterreich zu schließen, der den beiderseitigen Parlamenten zur Genehmigung vorzulegen wäre. Andrássy ging damals auf Bismarck's große Anregung nicht ein; man ließ sie österreichischerseits fallen.

Es wurden viele Vermuthungen darüber aufgestellt, warum man Bismarck's Idee in den maßgebenden Kreisen Oesterreichs nicht aufnahm — die wahrscheinlichste und im Gang der Verhältnisse begründete Erklärung ist die: eine derartige staatsrechtliche Allianz würde von der Krone bis zu den im österreichischen Parlamente heute herrschenden slavischen Machtfaktoren herab als unzuverlässig angesehen; 1879 sah man bereits die slavische Hochfluth kommen; von oben herab wurde sie mit aller Macht unterstützt. Die Deutschen Oesterreichs aber sind es allein, die in einer staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland ein hehreres Ideal erblicken. Tschechen, Polen und Slovenen sind offene Gegner einer derartigen Verbindung, und die Magyaren sind es trotz allen fehsäuren Gebahrens heimlich. Es wäre bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Parlamente also der Staatsvertrag zwischen Deutschland-Oesterreich vielleicht abgelehnt worden und für Oesterreich hätten die ernstesten Konsequenzen daraus entstehen können.

Die deutschfeindlichen Stimmen geben den deutlichen Beleg für diese Anschauung. „Niemand“ rufen die angesehenen polnischen und tschechischen Blätter aus, „hätte der österreichische Reichsrath in der gegenwärtigen Zusammensetzung einem Antrage auf eine deutsch-österreichische staatsrechtliche Allianz zustimmen dürfen.“ — „Die Durchführung dieser Idee“, so meint selbst das bedächtige tschechische Journal „Pobyt“, „könnte nur mittels eines Staatsreiches erfolgen und einen solchen wird wohl Niemand erwarten.“

Angesichts dieser unverhüllten Sprache der slavischen Presse ist es wohl klar, wer Freund, wer Gegner des deutsch-österreichischen Bündnisses ist; um so bedauerlicher bleibt es, daß von einem gewissen Theile der deutschen Presse das Selbst-

verständliche geleugnet wird und die Thatsachen auf den Kopf gestellt werden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ unternimmt sogar das Waghalsige, die Deutschen Oesterreichs zu Feinden und die Coterie zu Freunden des deutsch-österreichischen Bündnisses zu empeln. In Artikeln voll perfider Ausfälle gegen die Deutschen, in Artikeln, die im Zaarschen Bureau in Wien geschaffen wurden und welche die „Norddeutsche“ aus „Collegialität“ abdruckt, wird in einer Weise, die nicht genug zu brandmarken ist, die öffentliche Meinung in Deutschland zu fälschen gesucht. Die Deutschen Oesterreichs, die mit allen Feiern am deutsch-österreichischen Bündnis hängen, die in ihm allein heute die Grundlage ihrer nationalen Erhaltung sehen, sollen auf einmal sich ihm gegenüber erweisen?

Was ist der Zweck solcher Verlogenheit und welchen Denkenden kann sie irren führen? Weil Minister Kalnoky in den Delegationen sagte, daß die Völkerschaften Oesterreichs zufrieden mit dem deutsch-österreichischen Bündnis seien (und wie hätte er als Staatsmann anders sprechen sollen?), darum ist es nichts als faktische, böswillige Verleumdung, so meint die „Norddeutsche“, wenn die Deutschen in Oesterreich die biederen, ehrlichen Polen, die wackeren Tschechen und die redlichen Slovenen als Gegner des deutsch-österreichischen Bündnisses bezeichnen; gerade Polen, Tschechen und Slovenen meinen es ehrlich mit dem deutsch-

österreichischen Bündnis. —

Politische Uebersicht.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß Deutschland das Protektorat über das Sultanat Zanzibar von der Mündung des Jubabis zum Kap Delgado (vom Äquator bis zum 11. nördlichen Breitengrade) übernommen habe. Wir lassen dahingestellt, ob die Nachricht richtig

und ob sie nicht wenigstens verkrüßt ist. Bekanntlich hat es ja aus Anlaß der Entsendung von Gerhard Rolfs nach Afrika nicht an Stimmen gefehlt, welche eine nähere Verbindung Deutschlands mit Zanzibar als den Zweck seiner Mission bezeichneten.

Die von der westafrikanischen Konferenz ernannte Commission hat ihre Arbeiten beendet, und sieht man in den nächsten Tagen einer Plenarsitzung der Konferenz entgegen. Die Commission vernahm unter anderem Mr. Stanley über das Kongo-Beden. Die Ausführungen des amerikanischen Delegirten riefen den Widerspruch des Vertreters Portugals hervor. Der zwischen Deutschland und der Association internationale africaine abgeschlossene Vertrag, welcher die Anerkennung der letzteren durch die deutsche Regierung enthält, wird, wie man annimmt, demnächst von belgischen Blättern veröffentlicht werden. Der Vertrag, welchen Deutschland mit der Association internationale africaine abgeschlossen hat, umfaßt zwei Theile. In dem ersten Theile werden alle Garantien aufgezählt, welche die Association Deutschland gewährt. In dem zweiten Theile erkennt letzteres an, daß es die Fahne der Association als diejenige einer befreundeten Macht betrachten wolle.

Der französische Ministerrath hat seine Entscheidung über die Säge, um welche die Importzölle auf Getreide und Wehl zu erhöhen sind, verschoben. Der Ministerrath hat über diese Angelegenheit befähigt am Sonnabend verhandelt. — Am demselben Tage gelangten in der Deputirtenkammer die Protokolle der Tongkingkommission zur Vertheilung, welche zu einer lebhaften Debatte Veranlassung gaben. — Admiral Courbet hat die Verhandlungen über die in den letzten Tagen in Ostafrika stattgehabten kleineren Zusammenkünfte in einem amtlichen Telegramm bekräftigt. — Aus Algier sind vor wenigen Tagen 2000 Mann nach China eingeschifft worden; weitere 2000 Mann sollen in dieser Woche folgen.

Ans guter Quelle wird uns die Mittheilung gemacht, daß die Lage des Kabinet's Gladstone gegenwärtig wieder einmal nicht unbedenklich ist. Die ägyptische Frage gestaltet sich eben jetzt besonders schwierig dadurch, daß Lord Northbrook's Vorschläge England verpflichten, wolle England Ägypten die Summe von 15 000 000 Pfund Sterling vorzuschließen, und daß die Vorschläge dadurch für das Kabinet unbrauchbar werden, denn das Parlament würde der Uebernahme eines solchen Last nicht zustimmen. Bereits am Mittwoch hat denn auch, wie die „Times“ mittheilt, der Ministerrath, wenn auch seine Beschlüsse nicht stimmig, die Vorschläge des Lord Northbrook abgelehnt. Kommen diese aber in Bezug auf Ägypten bleibt nichts anderes, als die Schritte zu den Zinsreduktionsvorschlägen übrig, welche sich jedoch ohne die vorherige Einwilligung Europas, bereits als nicht ausführbar erwiesen haben. Sieh man sich geschickt, auf sie zurückzutreten, so ist daher vor allen Dingen eine neue Konferenz notwendig. In einer solchen aber kann Gladstone nachdem er die vorige Londoner Konferenz in so brüskter Weise abgebrochen, nicht wohl die Initiative ergreifen, er erwartet vielmehr, daß irgend

